

Protokoll der 10. ordentlichen Sitzung des 13. Studierendenparlaments der Universität Potsdam am 24. Mai 2011

Protokoll: Alexander Gayko

Anwesenheitsliste

Anwesend StuPa:

BEAT:

Claudia Fortunato, Steffen Brumme

Grüner Campus:

Christin Wiech, Hartmut Phieler

Shine UP:

Daniel Sittler, Schahin Dorri Dowlat Abadi

Die Linke.SDS:

Alexander Gayko

Jusos:

Maja S. Wallstein, Denis Newiak, Steve Kenner, Enrico Schicketanz

Piraten:

Marku Freitag, Georg Jähnig

GAL:

Josta van Bockxmeer, Tobias Nürnberg, Björn Ruberg, Franziska Neuhäuser, Marie Krpger, Christian Schäfer

LHG:

Diana Flemmig

Gäste

Andreas Alisch

Anwesend AStA:

Svetlana Lammok, Jakob Weissinger, Christian Gammelin, Jonathan Metz

Abwesend StuPa:

Vicky Kindl, Juliane Tietz, Juliane Meyer, Jennifer Meyer, Christoph Brzezinski, Lydia Gänsicke, Norman Siewert

Abwesend AStA:

Zozan Bilir, Roy Kreutzer, Christoph Alms, Malte Jakobs, Kai Gondlach, Pierre Vicky Sonkeng Tegouffo, Fabian Twerdy, Maria Carlota Mayolo Montano, Tilmann Albrecht, Patrick Gumprich, Frauke Ferber

Das Präsidium eröffnet die Sitzung um 19:10

Tagesordnung / Beschlüsse

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Beschluss der Tagesordnung
3. Gäste
4. Anträge

- a. (Vormals Initiativantrag 7.2): Antrag Diplom-Magister-Studis müssen abschließen können
Ist 16:0:1 einmütig **angenommen**
 - b. Anträge zu ECTS-Grades
Wird 10:4:3 hinter Antrag auf Unterstützung des International Day geschoben
Wird **vertagt**.
 - c. Antrag StuPa-Mailingliste öffnen
Änderungsantrag von Maja: Ergänze den Antragstext wie folgt: Das Stupa-Präsidium schickt Protokollentwürfe nur über die Präsidiumsliste direkt an die Parlamentarier, nicht über die öffentliche Liste. – wird übernommen
Der Antrag ist 10:4:5 **angenommen**.
 - d. Live-Übertragung von Stupa-Sitzungen
Abstimmung 11:9:0 – keine Zweidrittelmehrheit, Antrag ist **abgelehnt**.
 - e. Satzungsänderung: Sitzungseinladung per Email
Abstimmung: mit 19:0:1 **angenommen**
 - f. Antifaschistisches Ravensbrück-Workcamp 2011
Claudia reicht den folgenden **Änderungsantrag** ein: Ergänze den Antragstext wie folgt: Der Film, der auf dem Workcamp 2011 entstehen wird, wird der Studierendenschaft der Uni Potsdam zur Verfügung gestellt, gern auch im Rahmen einer Veranstaltung an der Uni Potsdam von den Organisatoren bis Ende 2011 präsentiert. Mit 15 Stimmen **angenommen**.
Abstimmung des geänderten Antrags: mit 13:2:5 **angenommen**.
 - g. Antrag auf Unterstützung des International Day
 - g.i. Der Antrag wird bei zwei Enthaltungen abgelehnt TODO hier noch Zahlen
5. Initiativanträge
- a. Umbenennung der AStA Infolist
Wurde zurückgezogen
 - b. Unterstützung des AAA in seinem Bemühen um Finanzierung
Wurde einstimmig angenommen
6. Nachwahlen in das Präsidium des Studierendenparlamentes
- a. Erster Wahlgang
Daniel Sittler 11 / 6 / 2
Christian Schäfer: 18 / 2 / 0
Christian Schäfer ist gewählt und nimmt die Wahl an.
 - b. Björn Ruberg tritt zurück.
 - c. Übergang in den dritten Wahlgang
Daniel Sittler: 10 / 6 / 3
Daniel Sittler ist gewählt und nimmt die Wahl an.

Diskussion zu Antrag StuPa-Mailingliste öffnen Antrag StuPa-Mailingliste öffnen

Enrico ist dagegen, begründet wie folgt:

Es kommen über die stupaliste mitunter auch nicht zur Veröffentlichung geeignete Dokumente, beispielsweise des MWFK (Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur). Ein Eintragen aller würde das Arbeitsgremium behindern, es gab Ende Dezember eine entsprechende Debatte.

Wenn man alle integrieren möchte, müsste man eigentlich sagen, man müsste AStA-intern öffnen, das möchte aber niemand.

Von daher schlägt er vor, auch um das transparenter zu machen, eine eigene mailingliste „uni-politik“ anzulegen, in die StuPa-mitglieder im cc schreiben können.

Das erlaubt es auch, nachzuvollziehen, wer ggf. vertrauliche Dokumente veröffentlicht hat.

Daher **Änderungsantrag**: Streiche alles, lege neue Liste an.

Marie argumentiert gegen Enrico:

Ich finde eine separate Liste quatsch, weil das eine tote Liste wäre, und niemand von uns das als Medium für eine Diskussion verwenden würde.

Weiterhin: was bedeutet öffentlich, siehe auch die Videodebatte. Es wird sich nicht alle Welt darauf eintragen, sondern nur die ohnehin im hochschulöffentlichen

Björn: man muss keine vertraulichen Dinge über eine öffentliche Liste schicken, vertrauliche Dinge können übers Präsidium geschickt werden, eigentlich kann es die auch nicht geben, außer in Personalfragen
Steve: findet Antrag spannend, weil der auch mit der Liveübertragung zusammenhängt. Schließt sich Enrico an, und verweist auf Anwaltsschreiben; informationelle Selbstbestimmung steht im Vordergrund. Im Zeitalter, wo Dinge aus dem Internet nicht mehr wegkommen, ist das zunehmend wichtig, Stupa-Diskussionen betreffen momentan 50 Leute, überschaubar viele, so dann die ganze Welt.

Christian: betont die mögliche Transparenz und Offenheit, ist auch für den Antrag

Marie: es geht um die Geste und darum, zu zeigen, dass wir nichts zu verbergen haben.

Enrico: es geht darum, Arbeitsfähigkeit zu sichern. Das geht, wenn man weiß, wer mitliest. Es gab schon einen Vorfall, wo Ministerin Wanka einen Entwurf zum Hochschulgesetz an den Asta geschickt mit der Bitte um Stellungnahme. Das wurde versehentlich veröffentlicht. Weiteres Beispiel: Bericht des Landesrechnungshofs; es gibt also durchaus empfindliche Dokumente.

Weiterhin wird wenn die Liste veröffentlicht wird, sie ohnehin bald per Google durchsuchbar wird,

Björn: hat ein Problem mit Arbeitsfähigkeit, verweist auf nutz-doch-emails - Argument und emalliste-ist-nichtöffentlich – Gegenargument.

Zu Recht auf Bild und Ton: das sind andere Grundlagen, und hat mit Mailinglisteninhalten nichts zu tun. Die Situation jetzt ist, dass auch die Protokolle über Google erreichbar sind, und da sie oft keine Wortprotokolle sind, findet er es schade, dass nicht Sachen, die er selbst geschrieben hat, online verfügbar sind.

Maja fragt nach, ob auch die Emailadressen sichtbar sind.

Schahin fragt nach der rechtlichen Zulässigkeit der Öffentlichmachung von E-Mails analog zu Briefen:

Robert: fasst Gegenargumente zusammen:

Sensible Dokumente müssen geschützt werden

Niemand interessiert sich dafür

- Die Uni-Emailadresse findet sich auch so, und die private muss man da dann nicht verwenden, man kann die Emailadressen trennen
- Öffnen des Verteilers schafft Öffentlichkeit

Daniel: ist die Debatte egal, glaubt, dass da kein Mehrwert entsteht. Er legt Wert darauf, regelmäßig informiert zu werden, wer mitliest.

Georg: weist auf Abonnentenliste hin, „wenn man seine Meinung nicht im Internet haben möchte, muss man schweigen“, verweist auf Aliase, um die Emailadresse nicht öffentlich sichtbar zu machen.

Steve: Bei den Sachen vom Anwalt gab es zwei Sachen: das Recht am eigenen Bild und die informationelle Selbstbestimmung. Ich meinte letzteres. Die informationelle Selbstbestimmung ist stärker zu bewerten. Ist (für die Piraten unter uns) Bestandteil des Datenschutzrechts. Gewährleistet, dass meine Aussagen nicht für immer archiviert und der Weltöffentlichkeit nicht zur Verfügung gestellt werden.

Sollte der Beschluss durchgehen, werde ich nicht mehr über die Liste schreiben.

Protokolle werden immer beschlossen, das ist nicht dieselbe Art von Öffentlichkeit und erzwungener Transparenz.

Marie: Das Argument, dass nicht mehr so viel geschrieben werden soll, zieht nicht. Nur Daniel und Björn schreiben viel über die Liste.

Björn: glaubt, dass es die Piraten undemokratisch finden, wenn sich Gremien ins stille Kämmerlein zurückziehen, finde es selbst auch. Parlamentarier sollten so nicht mit höheren Rechten ausgestattet werden.

Daniel: Wenn schon Öffentlichkeit, wieso dann nicht auch unmoderiertes Schreibrecht?

Schahin: wünscht sich, dass die Sitzung geöffnet wird. TODO hier noch gute Gedanken, aber zu leise.

Markus: Dass es die Stupaliste gibt, ist nirgends konstituiert. Wir können selbst entscheiden, dass wir die öffentlich machen. Das ist alles rechtlich so in Ordnung.

Maja: werden Protokollentwürfe auch auf der öffentlichen Liste diskutiert?

Georg: wir wollen einen Beschluss fassen, diesen veröffentlichen und die Leute dann darauf reagieren lassen. Es gibt eine klare Regel: Transparenz für die Politik, Privatsphäre für den Bürger.

Steffen: ich finde es schade, dass die Antragsteller nicht direkt auf die rechtlichen Bedenken eingegangen sind, die Antragsteller hätten dafür besser vorbereitet sein müssen.

Steve: im anwaltlichen Schreiben steht, dass ich kein Politiker bin, dessen Arbeit für die Welt relevant ist. Ich bin lokal politisch engagiert, und habe ein Recht darauf, dass meine Aussagen in meinem eher geringen Wirkungskreis nicht weltöffentlich sind. Dieses Recht wiegt schwerer.

Änderungsantrag von Enrico:

Streiche alles, ersetze durch „Es wird eine separate Mailingliste eingerichtet, auf der alle Studierenden sich eintragen können. Die Stupaliste bleibt geschlossen.“, 3:9:7 **abgelehnt**.

Änderungsantrag von Maja: Das Stupa-Präsidium schickt Protokollentwürfe nur über die Präsidiumsliste direkt an die Parlamentarier, nicht über die öffentliche Liste. – wird **übernommen**

Abstimmung: Der Antrag ist 10:4:5 **angenommen**.

Debatte zu Live-Übertragung von Stupa-Sitzungen Live-Übertragung von Stupa-Sitzungen

Markus: findet, dass die Rechtsbasis für Videoübertragung eine ganz andere ist als für Audioaufzeichnungen, weist darauf hin, dass jederzeit, wenn gewünscht die Übertragung und Aufnahme unterbrochen werden kann, und dass das ein höherer Freiheitsgrad ist.

Steve: wie soll das technisch laufen? Insbesondere, wenn andauernd zwischen Mikro aus- und Mikro an gewechselt wird. Und: bei Raummikros: was passiert mit privaten leisen Gesprächen?

Enrico: ist dagegen, wegen ähnlicher Argumentationen wie in der Debatte zu 4.c. Regt an, sich mehr mit der Erreichbarkeit der Studierenden zu befassen.

Björn: die technische Realisierung steht noch nicht, FunkUP hatte eine Übertragung angeboten, das war der Anlass. Es sollen die Vorgaben des anwaltlichen Gutachtens eingehalten werden, insbesondere, dass es einer Grundlage für eine derartige Aufzeichnung bedarf. Jede technische Umsetzung muss sich an die Rahmenbedingungen halten.

Georg: erinnert, dass wir, als FunkUP hier war, darüber besprochen hatten, und sehr viele dafür waren. Der Antrag soll es ermöglichen, so ein Streaming zu erlauben. Die Frage, was interessant ist, ist nicht von uns zu beantworten, sondern von den potentiell interessierten.

Daniel: Findet die Regelung unglücklich, dass Aufzeichnungen mit Quellenangabe unverändert frei weiterverwendet werden darf, und spricht sich für verzögertes Livestreaming aus, um die Pizza-Situation zu vermeiden.

Christian: gibt zu bedenken, dass Leute, die bei jedem ihrer Wortbeiträge das Mikro ausgeschaltet haben wollen, das Konzept unattraktiv macht. Gibt das den Gegnern zu bedenken.

Björn: Der Antrag ist eine Satzungsänderung, erfordert Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder.

Steve: Der Antrag entspricht nicht dem anwaltlichen Gutachten. Aus verschiedenen Gründen. Der Anwalt sagt, ins Internet streamen geht nicht, auf die Homepage stellen schon. Der Anwalt rät, dass Leute sagen können, dass alles, was sie sagen, nicht aufgezeichnet werden soll, und das dann passieren soll. Das ist im Antrag nicht drin, warum nicht?

Björn: Das Ziel, die Tätigkeit des StuPa transparenter zu machen, hat für mich Priorität vor Anwaltsgutachten, die nur Meinungen darstellen. Niemand, der das nicht möchte, wird übertragen werden.

Enrico: Wieso wird kein Livestream aus dem AStA eingerichtet? Wenn überhaupt, sollte das auch geschehen, ich bin trotzdem kein Freund davon

Steve: wieso ist der Livestream im Antrag, obwohl das Gutachten dagegen ist?

Björn: weil es eine gute Sache ist.

Steve: Die Satzungsänderung ist hier nicht explizit genug

Marie: **GO-Antrag** auf Schließung der Redeliste und sofortige Abstimmung – mit 10:5:3 **angenommen**

Georg: es geht darum, Studierenden von außen zu ermöglichen, hier teilzuhaben. Das kann auch gern im AStA sein. Nochmal zu Redebeiträgen, die nicht veröffentlicht werden sollen. Derjenige, der übertragen möchte, muss sich an die Regeln halten. Wenn das nicht geht, wird nicht übertragen.

Die Vorteile wären auf jeden Fall eine größere Bekanntheit

Maja: Fand die Vorbereitung ausreichend, und die Pizza-Situation ganz gute Werbung.

Steve: Dinge zu diskutieren, gehört zum politischen Prozess. Minderheiten müssen geschützt und Persönlichkeitsrechte gewahrt werden. Der Anwalt hat erklärt, dass Livestreaming nicht gut ist.

Abstimmung 11:9:0 – keine Zweidrittelmehrheit, Antrag ist **abgelehnt**.

Diskussion zu Satzungsänderung: Sitzungseinladung per Email

Satzungsänderung: Sitzungseinladung per Email

GO-Antrag auf sofortige Abstimmung, keine Gegenrede.

Abstimmung zum Antrag :mit 19:0:1 **angenommen**

Sitzung wird fortgesetzt um 20:46

Diskussion zu Antifaschistisches Ravensbrück-Workcamp 2011

Claudi stellt den Antrag vor.

Die Organisatoren sind Jugendliche aus Neuruppin, die nicht die Antifa sind, sondern bunt gemischt, es sind auch Studierende aus Potsdam dabei, die regelmäßig pendeln. Letztes Jahr waren 40 TeilnehmerInnen auf dem Workcamp, dieses Jahr sollen es 60 sein. Es geht um eine Woche, in der dort auf der Gedenkstätte und auf dem angrenzenden Siemenswerk gelebt bzw. gearbeitet wird.

Jakob begründet, wieso der Antrag schon beim AStA auf Ablehnung gestoßen ist. Lediglich vier Studierende aus Potsdam werden dieses Jahr daran teilnehmen, ebenfalls ist Ravensbrück zu weit weg.

Steve ruft den Finanzleitfaden in Erinnerung, und stellt fest, dass dort keine Bemessensgrundlage für lohnenswerte Projekte steht. Wir können ihnen Geld geben, wenn wir das gut finden, was sie tun.

Insbesondere

Franzi stimmt Jakob zu, findet die Intension toll, aber der fehlende Bezug zur Uni disqualifiziert

Georg kann nicht nachvollziehen, wieso dieses Workcamp ein Präzedenzfall sein soll für die Finanzierung eines nicht universitätsbezogenes Projekts.

Steffen ruft den Antrag der Studierenden in Erinnerung, die letztes Jahr nach New York gefahren sind. Er vergleicht den Nutzen für die Studierenden und das Land Brandenburg, und stellt klar, dass 12 Leute, die New York besuchen, weniger Nutzen haben als Aufarbeitung der Geschichte.

Björn findet es nicht förderungswürdig, da die Kriterien von Studierenden, für Studierende und auf dem Campus nicht erfüllt sind.

Markus schlägt vor, wenn es nur um die Förderung der Studierenden geht, diesen Studierenden die Teilnahme zu bezahlen

Claudia stellt fest, dass sehr wohl Studierende an der Organisation des Workcamps beteiligt sind, sie aber keine formale studierendengruppe sind. Das sollte aber auch nicht nötig sein.

Dass die Organisatoren keine großen Träger als Unterstützung haben, liegt vornehmlich an der Organisationsstruktur.

Ravensbrück ist ein Ort für Praktika von vielen Geschichtsstudierenden.

Die Ergebnisse des Camps auf dem Campus vorzustellen, sollte kein Problem sein. Zwischenruf von Jakob: die Leute haben sich nicht auf entsprechende Nachfrage gemeldet.

Christian stellt die Frage, wieso die Organisatoren sich nicht gemeldet haben, findet das schade und schwach, fände es wünschenswert, dem potentiellen Förderer entgegen zu kommen.

Christin: findet es übertrieben, den Leuten vorzuhalten, auf eine E-Mail nicht geantwortet zu haben. Sie würde das nicht auf die vier Orga-Personen runterbrechen wollen, ruft zur Unterstützung auf.

Daniel verweist auf das 30.000 Euro teure Sommerfest, das auch einen größeren Personenkreis als die Studierendenschaft anspricht. Er zitiert BbgHg, §15, Ab2. 1, S. 2; Förderung der politischen Bildung. Er weist auf den nachhaltigen politischen Mehrwert hin.

Josta fragt, wieso gerade dieses Workcamp gefördert werden soll.

Denis: findet das Projekt durchaus unterstützenswert, es ist erstens nutzbringend, hat zweitens Symbolwirkung an junge Leute, die sich engagieren wollen.

Marie ist gar nicht so auf der Nutzenschiene, vermisst nur den direkten Bezug zur Universität Potsdam

Maja schlägt vor, den Antrag unter Vorbehalt anzunehmen, mit der Auflage, Ergebnisse auch an der Uni vorzustellen.

Steve: es gibt keine tausend anderen Projekte in Richtung in Brandenburg.

Claudia hat gerade mit den Organisatoren telefoniert, und sagt, dass die das personell nicht schaffen würden, zusätzlich zu dem Film, der gedreht werden soll, noch eine Ausstellung zu stemmen.

Georg kann sich vorstellen, da zuzustimmen, wenn der antrag dahingehend geändert wird, dass der Film auf jeden Fall an der Uni gezeigt wird.

Jakob beantragt, den Antrag zu vertagen.

Claudia reicht den folgenden **Änderungsantrag** ein.

Ergänze den Antragstext um: Der Film, der auf dem Workcamp 2011 entstehen wird, wird der Studierendenschaft der Uni Potsdam zur Verfügung gestellt, gern auch im Rahmen einer Veranstaltung an der Uni Potsdam von den Organisatoren bis Ende 2011 präsentiert

Die Sitzung wurde für eine Fraktionspause unterbrochen, und um 21:35 fortgesetzt.

Steffen ruft die Wichtigkeit von antifaschistischer Arbeit in Gedächtnis. Vor Nazis muss man Angst haben. Es liegt unbedingt im Interesse der Studierendenschaft, politische Bildung und Arbeit in der Richtung zu unterstützen.

Denis würde es sehr begrüßen, wenn wir die Ressourcen stellen können, die Ergebnisse des Workcamps an der Uni zu präsentieren

Christian beantragt die **Vertagung**, mit 7:11 **abgelehnt**.

Der **Änderungsantrag** wird mit 15 Stimmen **angenommen**.

Abstimmung des geänderten Antrags: mit 13:2:5 **angenommen**.

Diskussion zu Antrag auf Unterstützung des International Day Antrag auf Unterstützung des International Day

Jakob stellt den Antrag vor: Es soll eine wissenschaftliche Hilfskraft für die Unterstützung des International Day des akademischen Auslandsamts von der Studierendenschaft bezahlt werden. Der AStA ist da tendenziell dagegen.

Josta hätte einige Rückfragen, ob die Studierendenschaft Projekte finanzieren kann, die die Uni nicht finanzieren kann, oder ob das versteckte Studiengebühren sein könnten.

Daniel betont, dass es Aufgabe des AAA ist, Studis fürs Ausland vorzubereiten und ausländische Studis zu informieren. Daher ist der Antrag abzulehnen. Lehre wird nicht finanziert.

Marie bittet um schnelle Abstimmung, Jakob GO-Beantragt das.

Björn sieht die Sache differenzierter. In dem Antrag geht es nicht um Finanzierung von Lehre. Es sollen studierende über die Möglichkeiten für ein Auslandsstudium informiert werden. Das zu pauschalisieren scheint zu oberflächlich, eine wissenschaftliche Hilfskraft zu finanzieren kommt nicht in Frage. Die Frage ist, ob wir nicht andere Dinge für den international day finanzieren könnten.

Franziska ist dem Antrag gegenüber aufgeschlossen, hält das für wichtig, weil es vielen studierenden nützt Steve sagt, dass das bachelor-master-system hauptsächlich für Auslandsaufenthalte eingeführt wurde.

Wir würden Organisation von Studium bezahlen, das muss die Verwaltung tun, nicht die Studierendenschaft.

Wir können das AAA unterstützen, dem Präsidium gegenüber Druck zu machen, das zu bezahlen.

Georg fragt, weswegen die Veranstaltung jetzt plötzlich von der Studierendenschaft unterstützt werden soll.

Zwischenruf: wegen gekürzter Gelder. Außerdem ist es fraglich, wieso eine wissenschaftliche und keine studentische Hilfskraft eingesetzt werden soll.

Björn beantragt eine Vertagung, um den Antrag dahingehend zu verändern, dass förderbare Teile herausgestellt werden.

Jakob ist stark dagegen, den Antrag zu vertagen.

Die Vertagung ist abgelehnt.

Der Antrag wird bei zwei Enthaltungen abgelehnt

Diskussion zu Unterstützung des AAA in seinem Bemühen um Finanzierung Unterstützung des AAA in seinem Bemühen um Finanzierung

Folgender **Initiativantrag** wird eingereicht:

Das StuPa fordert das Uni-Präsidium auf, die für die Organisation des International Day 2011 benötigten Mittel in vollem Umfang zur Verfügung zu stellen. Die Mittel in Höhe von 2600 € für eine WHK-Stelle müssen von der Universität und nicht von der Studierendenschaft finanziert werden. Das StuPa unterstützt das AAA und den International Day 2011 prinzipiell!

der einstimmig **angenommen** wird.

Diskussion zu Anträge zu ECTS-GradesAnträge zu ECTS-Grades

Es existiert ein GO-Antrag, den ECTS-Antrag zu vertagen, dieser wird ohne Gegenrede angenommen.

Übergang in den TOP 5, Nachwahlen ins Präsidium

Erster Wahlgang

Daniel Sittler 11 ja-stimmen, 6 nein-stimmen, 2 Enthaltungen

Christian Schäfer: 18 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

Christian Schäfer ist gewählt und nimmt die Wahl an.

Björn Ruberg tritt zurück.

GO-Antrag Steffen: Dritter Wahlgang.

Daniel Sittler: 10 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen

Daniel Sittler ist gewählt und nimmt die Wahl an.

Ende der Sitzung um 22:20